

Antrag 151/II/2024**KDV Reinickendorf****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Silvesterfeuerwerk in professionelle Hände**

1 So auf die Mitglieder der SPD Fraktion im Deutschen
2 Bundestag und in den Bundesländern und auf die SPD-
3 Mitglieder im Bundesrat einzuwirken, dass im gesamten
4 Bundesgebiet das Feuerwerk zu Silvester unterbunden
5 wird. Um dieses zu erreichen, sollen die SPD Fraktionen
6 und die SPD-Mitglieder im Deutschen Bundesrat darauf
7 hinwirken, dass der Verordnungsgeber, d.h. die Bundesin-
8 nenministerin, den § 23 Abs. 2 der Ersten Verordnung zum
9 Sprengstoffgesetz (1. SprengV) unter Berücksichtigung der
10 Ermächtigung des § 4 des Sprengstoffgesetzes (SprengG)
11 wie folgt ändern kann:

12

13 "(2) Pyrotechnische Gegenstände der Kategorie 2 dürfen
14 nur durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 7 oder § 27, ei-
15 nes Befähigungsscheines nach § 20 des Gesetzes oder ei-
16 ner Ausnahmegewilligung nach § 24 Absatz 1 verwendet
17 (abgebrannt) werden."

18

Begründung

19 Umfragen zu einem bundesweiten Böllerverbot (z.B. sta-
20 tista vom November 2022 und Verbraucherzentrale Bran-
21 denburg vom Oktober 2023, vgl. Anlagen) zeigen, dass ei-
22 ne Mehrheit der Deutschen das Abbrennen von Feuerwerk
23 und die Böllerei zu Silvester mit unterschiedlichen Be-
24 gründungen ablehnt. Wenn überhaupt, sollte dieses nur
25 durch Personen mit Sachkenntnis gemäß § 23 Abs. 2 Satz
26 1 Sprengstoffverordnung (1. SprengV) durchgeführt wer-
27 den. Dieses Ergebnis überrascht nicht wirklich, da in den
28 letzten Jahren auf den Straßen der deutschen Großstäd-
29 te an Silvester teilweise katastrophale Zustände herrsch-
30 ten. Beim Jahreswechsel der letzten Jahre wurden durch
31 Privatpersonen immer größere Mengen an Pyrotechnik
32 der Klasse F2 gekauft und (nicht nur an Silvester) ab-
33 gebrannt. Aber auch in der Bundesrepublik Deutschland
34 nicht zugelassene Raketen und Böller mit teils erhebli-
35 cher Sprengwirkung wurden im Ausland gekauft und in
36 den Innenstädten verwendet. Oftmals wurden alle die-
37 se Raketen und Böller leichtfertig und ohne Sachkenntnis
38 in der Nähe oder sogar innerhalb von großen Menschen-
39 gruppen gezündet, so dass es immer wieder zu erhebli-
40 chen Verletzungen, wie abgerissenen Fingern, schweren
41 Sozialdemokratische Partei Deutschlands Landesverband
42 Berlin – Kreis Reinickendorf – Abteilung Heiligensee/Kon-
43 radshöhe/Tegelort Augenverletzungen und Gehörschä-
44 den (Schwerhörigkeit durch Knalltrauma) kommt. Die Ret-
45 tungskräfte und die Rettungsstellen in den Krankenhäu-
46 sern waren deshalb in den Silvesternächten im Dauerein-

47

48 satz und in der Regel personell überfordert. Durch fehl-
49 geleitete oder sogar bewusst falsch eingesetzte Raketen
50 kam es auch immer wieder zu Balkon- oder sogar Woh-
51 nungsbränden mit großen materiellen und u.U. sogar Per-
52 sonenschäden, so dass die Feuerwehren auch dadurch
53 stark zusätzlich belastet waren. Hinzu kam, dass Rake-
54 ten und Böller durch Einzeltäter und bestimmte Grup-
55 pen zunehmend auch als "Kampfmittel" gegen die Polizei,
56 die Feuerwehr und die Rettungskräfte eingesetzt wurden,
57 was bei diesen zu schweren und schwersten Verletzungen
58 führte. Intention dieser Einzeltäter und Gruppen schien es
59 auch zu sein, die demokratische Exekutive und den Rechts-
60 staat durch gezielte Angriffe und Straftaten bewusst zu
61 provozieren und herauszufordern. Die Straftaten dieser
62 Täter waren in der Regel in der großen Menschenmasse
63 der Feiernden und Böllernden nur schwer gerichtsfest zu
64 dokumentieren, so dass es nur in Einzelfällen zu Verur-
65 teilungen kam. Die an Silvester massenhaft abgebrann-
66 ten Feuerwerke und Böller stellen aber auch aus ande-
67 ren Gründen eine zusätzliche Gesundheitsgefahr für Men-
68 schen und Tiere dar. Sie verstärken die ohnehin vorhan-
69 dene erhebliche Feinstaubbelastung. Diese steigt dadurch
70 bis zu einem fünffachen Überschreiten des über den Tag
71 gemittelten Immissionsgrenzwertes für Feinstaubpartikel
72 von 50 Gramm pro Kubikmeter zum Schutz der mensch-
73 lichen Gesundheit gemäß § 4 Abs. 1 der 39. Bundes Im-
74 missionsschutzverordnung (39. BIm-SchV). Obwohl diese
75 erhebliche zusätzliche Feinstaubbelastung nur an Silves-
76 ter auftritt und nicht wie in der 39. BImSchV als Grenz-
77 wert zugrundegelegt an mehr als 35 Tagen im Jahr, dro-
78 hen Feiernden und Passanten trotzdem Gesundheitsge-
79 fahren durch Atemwegserkrankungen in Folge der star-
80 ken Feinstaubbelastung. Haustiere, Vögel und Wildtiere in
81 Parks und stadtnahen Wäldern geraten durch den Krach,
82 den Qualm und den Feinstaub ggf. so in Panik, so dass es
83 auch bei ihnen zu Verletzungen und sogar zu Todesfällen
84 kommt. In anderen europäischen Ländern sind aus diesen
85 Gründen in einzelnen Kommunen, insbesondere in Groß-
86 städten wie z.B. in Paris, Brüssel und Prag private Feuer-
87 werke und Böllereien untersagt und werden durch zentra-
88 le Feuerwerke der Kommunen oder sogar Silvester-Laser-
89 Shows ersetzt. Die Einwände der pyrotechnischen Indus-
90 trie gegen ein Feuerwerks- und Böllerverbot sind zwar er-
91 heblich und nachvollziehbar (Jahresumsatz in den letz-
92 ten Jahren vor der Pandemie mehr als 120 Mio. €), volks-
93 wirtschaftlich müssen jedoch die nicht entstehenden er-
94 heblichen Kosten durch Gesundheitsschäden, Brandbe-
95 kämpfung, Müllvermeidung und Umweltschäden gegen-
96 gerechnet werden. Und - so zynisch es auch klingt - ein Teil
97 der Verluste der pyrotechnischen Industrie durch ein Bül-
98 lerverbot wird sicherlich auch durch die Hochrüstung der
99 NATO und der Bundeswehr aufgrund des Ukraine-Krieges
100 ausgeglichen.